

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 33 (1992)
Heft: 8

Rubrik: Liebe Leser

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Es geht um Kursänderung

Sollte Jelzin wirklich gezwungen werden, als Regierungschef zurückzutreten, so ist wohl mit dem Rücktritt der gesamten Regierung zu rechnen; denn bei der Rücktrittsforderung geht es nicht um eine rein personelle Umstellung bzw. Umbesetzung des Postens des Regierungschefs, sondern, und das ist der «Zweck der Übung», um eine Richtungskorrektur, d. h. den Verzicht auf den radikalen Reformkurs, der natürlich den ganzen «Weg zur Marktwirtschaft» in Frage stellen würde. Darüber hinaus würde ein erzwungener Rücktritt Jelzins für ihn ein psychologisches Trauma und eine politische Niederlage und andererseits für die konservativ-reaktionären Kräfte im Kongress und im Land, namentlich für die Nachfolgeparteien der KPdSU (vgl. Seite 12 dieser Zeitbild-Ausgabe) einen politischen Sieg bedeuten.

Ob und wie unter solchen Umständen das Traktandum «Neue Verfassung der Russischen Föderation» im Kongress behandelt und darüber entschieden wird, ist schwierig vorauszusagen. Es ist zu hoffen, dass die Frustration Jelzins im Falle seines Rücktrittes nicht so gross wird, dass er seinen eigenen Verfassungsentwurf (es gibt insgesamt deren drei) gar nicht erst vorlegt oder nicht entschieden genug durchzusetzen versucht.

Nationalitäten in den Startlöchern

Wenn schon eine Alternative zur heutigen russischen Regierung und ihrem Regierungschef nur schwer vorstellbar ist, so würde die Ablehnung der neuen Verfassung katastrophale Folgen für die Föderation haben. Tatarstan und Jakutien stehen sprunghaft zum Austritt aus der Föderation und würden ihre eigenen Verfassungen beschliessen. Und es ist anzunehmen, dass diesen beiden Republiken weitere nationale Gebilde der Russischen Föderation folgen würden. Die Annahme der neuen Verfassung durch den Volksdeputiertenkongress ist deshalb für den Weiterbestand der Föderation von grösster Bedeutung, vorausgesetzt sie berücksichtigt gebührend die nationalen Eigenheiten und politischen Erwartungen der Nationalitäten innerhalb der Föderation.

Nach den letzten Meldungen des russischen Fernsehens gibt es gegenwärtig 13 verschiedene Fraktionen im Volksdeputiertenkongress, die alle voneinander abweichende Meinungen und Vorstellungen haben. Ferner gibt es drei verschiedene der Regierung gegenüber kritische Anträge. Bei einer solchen Zersplitterung sind ein Patt und eine daraus resultierende Verschiebung der Beschlussfassung durchaus möglich. Vielleicht wäre das unter den gegebenen Umständen und beim heutigen Kräfteverhältnis doch noch das kleinere Übel? ■



Genau zur Kongresseröffnung erschien nach dreiwöchiger Pause (aus finanziellen Gründen) das frühere Hauptorgan der Kommunistischen Partei wieder: «Wir sind wieder da», könnte man kommentieren. Auf die Unterzeile «Vereinigung der Proletarier aller Länder» hat die «Prawda» jetzt verzichtet, aber Lenins Porträt (er würde am 22. April seinen 122. Geburtstag feiern) ist noch dabei. (Foto: Moskauer Fernsehen)

«Die äussere Bedrohung durch den kommunistischen Totalitarismus fällt weg; übrig bleibt die Unsicherheit der Entwicklung in Osteuropa, die sich für West- und Zentraleuropa als schwere Belastung, aber kaum mehr als existenzielle Gefährdung auswirken könnte» und «Die Änderung der politischen «Grosswetterlage» wird zur Folge haben, dass die zentrifugalen Kräfte stärker werden, dass Polarisationen entstehen und die Demokratien inneren Zerreissproben entgegengehen». Das waren wohl die beiden Kernsätze von Peter Sager, als er die Stiftung für Demokratie ins Leben rief.

Heute, über ein Jahr später, werden diese Entwicklungen immer deutlicher. Nicht nur der wirtschaftliche Ruin in den ehemals sozialistischen Staaten und die damit einhergehende immense Umweltzerstörung dort, auch die nationalistischen Auseinandersetzungen können und dürfen uns nicht unberührt lassen; das ehemalige Jugoslawien oder Moldawien oder Georgien oder Armenien und Aserbaidschan oder, oder, oder... sind nur Beispiele.

Unsicherheiten und Ängste in unseren «alten» Demokratien führen, psychologisch gesehen fast zwangsläufig, zu emotionalen Reaktionen gegen den «Feind». Bei den einen sind es «die Ausländer» — in Deutschland ist es kein Zufall, dass gerade jetzt rechtsradikale Parteien hohe Stimmengewinne machten; bei den anderen ist es «der Staat» — ebensowenig ist Zufall, dass trotz klarem Ja zu unserer Armee heute die Armeegegner via Hintertür die Armee doch noch abschaffen und sich damit über demokratische Mehrheitsentscheide hinwegsetzen wollen.

Minderheiten müssen bei der Gestaltung des Staatswesens mit berücksichtigt werden, das zeigen nicht nur die gewalttätigen Auseinandersetzungen in Südosteuropa oder in der ehemaligen Sowjetunion. Aber es kann nicht angehen, dass in einem demokratischen Rechtsstaat Minderheiten über Mehrheiten entscheiden dürfen. Hier muss es genügen, dass Minderheiten ein verbrieftes Recht haben, ihre Anliegen in die demokratische Diskussion einzubringen. Sachlichkeit tut dabei not, mit fundiertem Wissen, mit Respekt vor dem anderen und mit Fairness. *Monika Scherrer*